

Niederschrift

über die
13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
am 11.11.2025
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Marvin Heinrich	
Abg. Claus Aselmann	
Abg. Nils Bassen	
Abg. Doris Brandt	Vertretung für Abg. Melanie Blank
Abg. Ina Helwig	Vertretung für Abg. Lars Rosebrock
Abg. Detlef Kück	
Abg. Henry Michaelis	
Abg. Susanne Mrugalla	
Abg. Bernd Petersen	
Abg. Günter Scheunemann	Vertretung für Abg. Harald Hauschild
Abg. Dirk-Frederik Stelling	
Abg. Hartmut Wallin	
Abg. Christian Winseman	

Verwaltung

Herr Dr. Torsten Lühring (Dez. IV)	
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)	ab TOP 4
Herr Gerd Hachmöller (Amt 80)	ab TOP 6
Frau Ayse Gül (Amt 63)	
Frau Ulrike Ringen (Amt 36)	
Herr Dr. Joachim Wiedner (Amt 39)	
Herr Daniel Krause (Amt 36)	

Gäste

Herr Wenzel (MCON)

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 4** Vorstellung der aktuellen Entwicklung in der Zukunftsregion „Moorregion Elbe-Weser“
Vorlage: 2021-26/1037
- 5** Bericht über den Stand der Digitalisierung sowie der Antragsbearbeitung im Bauamt
Vorlage: 2021-26/1035
- 6** Grundsätzlicher Umgang mit dem Neubau von Geh- und Radwegen und Priorisierung der staatlich geförderten Baumaßnahmen an Kreisstraßen
Vorlage: 2021-26/1033
- 7** Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Geestland, dem Landkreis Cuxhaven und dem Landkreis Rotenburg (Wümme) zum Bau eines Geh- und Radweges im Verlauf der Kreisstraße 116
Vorlage: 2021-26/1034
- 8** Förderantrag im Bereich des Veterinäramtes; hier: Antrag der Tierhilfe e.V. Rotenburg vom 04.08.2025
Vorlage: 2021-26/1032
- 9** Förderanträge im Bereich der Wirtschafts- und Tourismusförderung
Vorlage: 2021-26/1028
- 10** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.11.2025: Wohnungsbau im Landkreis Rotenburg weiter fördern
Vorlage: 2021-26/1047
- 11** Haushaltsplan 2026
Vorlage: 2021-26/1029
- 12** Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 13** Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Heinrich eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßt Herrn Wenzel von der MCON, die Mitglieder des Ausschusses, die Gäste, die Verwaltung und die Presse. Er stellt fest, dass der Ausschuss nach ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung: Feststellung der Tagesordnung

Die SPD-Fraktion stellt den Dringlichkeitsantrag gemäß § 7 GO des Kreistages den Antrag: „Wohnungsbau im Landkreis Rotenburg weiter fördern“ mit auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Die Tagesordnung wird mit Aufnahme des Antrages der SPD-Fraktion als neuer Tagesordnungspunkt 10 festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Frau Ringen berichtet über den erneuten Antrag des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe (GVN) auf Erhöhung der Taxitarife in zwei Stufen zum 01.01.2026 sowie 01.01.2027. Die letzte Erhöhung sei im Februar 2024 erfolgt. Begründet werde der Antrag mit der Erhöhung des Mindestlohns, gestiegener Treibstoff- und Werkstattkosten, gestiegener Versicherungsbeiträge und höherer Anschaffungskosten für die Fahrzeuge.

Mit der beantragten Erhöhung würde sich z.B. auf einer Strecke von 25 km, wie z.B. Zeven- Rotenburg (W.) der Fahrpreis von jetzt rund 74 Euro auf dann rund 90 Euro erhöhen.

Aktuell befinde sich der im Anhörungsverfahren, in dem die betroffenen Unternehmen auf Fragebögen Stellung zu der vom Verband beantragten Tarifierhöhung nehmen können.

Nach der Stellungnahme der Unternehmen seien vor einer möglichen Anpassung der Tarife anschließend noch die Kommunen, das Gewerbeaufsichtsamt, die Industrie- und Handelskammer, Fachgewerkschaft und Unternehmensverbände zu hören.

Herr Dr. Wiedner klärt über den derzeitigen Stand bei der Vogelgrippe im Landkreis auf. Er könne keine Entwarnung aussprechen, da viele Wildtiere zuletzt positiv getestet worden seien. Der Virus ziehe derzeit vom Feld in den Stall, es seien konkret bereits 5 große Betriebe betroffen. Leider hätten alle diese Bestände getötet werden müssen. Vor allem sei im Raum Gnarrenburg an den Rastplätzen der Kraniche ein starker Anstieg an Kadavern zu verzeichnen. Der Landkreis habe bereits Container zur Beseitigung angeschafft. Ein Problem sei in der Region jedoch das Moorgebiet, weshalb die Bergung der Kadaver aufgrund des moorigen Untergrunds nicht immer möglich ist.

Abg. Mrugalla stellt fest, dass viele der gehaltenen Gänse noch draußen seien und erkundigt sich, wann es hier zur Stallpflicht kommen würde.

Herr Dr. Wiedner erläutert, dass es Ausnahmegenehmigungen von der Aufstallungsanordnung gibt. Betriebe mit mehreren tausenden Gänsen können keine Aufstallung für diese Menge an Tieren sicherstellen. Die Betriebe müssen mit dem Risiko eines Ausbruchs leben.

Abg. Petersen erkundigt sich nach der Verwertbarkeit der Gänse ohne Infektion und der Möglichkeit, eine solche zu erkennen.

Herr Dr. Wiedner erklärt, dass die Gänse verwertbar seien, da jede Herde, die zum Schlachthof verbracht wird, vom Veterinäramt vor dem Abtransport begutachtet wird. Eine ausbrechende Infektion würde rechtzeitig erkannt werden, da die Verluste sofort erkennbar seien und die infizierten Tiere deutlich Symptome zeigen. In den geschlossenen Ställen wird die Futter- und Wasseraufnahme aufgezeichnet, was bei Abweichungen immer ein Alarmsignal ist.

Abg. Petersen fragt nach, ob der Kranich die einzige stark betroffene Art im Kreis sei.

Herr Dr. Wiedner bejaht das, stellt aber ebenso fest, dass zuletzt auch ein Anstieg der Infektion bei den Wildgänsen zu verzeichnen sei.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Vorstellung der aktuellen Entwicklung in der Zukunftsregion „Moorregion Elbe-Weser“**
Vorlage: 2021-26/1037

Herr Wenzel stellt seine in der Anlage angefügte Präsentation vor. Rückfragen ergeben sich nicht.

Frau von Ostrowski schließt sich der Sitzung an.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht über den Stand der Digitalisierung sowie der Antragsbearbeitung im Bauamt**
Vorlage: 2021-26/1035

Frau Gül stellt die dem Protokoll angefügte Präsentation vor.

Abg. Bassen erkundigt sich, ob negative Ausreißer in der Bearbeitungszeit bereits in der durchschnittlichen Netto-Bearbeitungszeit enthalten seien.

Frau Gül teilt mit, dass Bescheide, die noch nicht beschieden seien, erst später in der Statistik mit aufgenommen würden. Durch solche Langläufer sei eine Veränderung der Statistik zu erwarten.

Abg. Helwig erkundigt sich, ob in der Brutto-Laufzeit diese Langläufer sichtbar seien.

Frau Gül erläutert, dass hiermit die Zeit für beispielhafte Beteiligung anderer Behörden sowie Nachforderungen gemeint sei, die Langläufer beeinflussen die Statistik i.d.R. immer in den Folgejahren, das gälte auch für die Brutto-Laufzeiten.

Abg. Brandt erkundigt sich nach der Bearbeitungszeit, wenn alle Unterlagen bei der Antragstellung des Bauantrages vorhanden seien.

Frau Gül erklärt, dass die 21 Tage der Netto-Bearbeitungszeit realistisch wären.

Abg. Brandt verweist auf die durchgehend hörbaren Beschwerden aus der Bevölkerung und möchte wissen, wie viele Anträge denn konkret vollständig eingereicht werden.

Frau Gül stellt fest, dass grundsätzlich in jedem Bauantrag Nachforderungen notwendig seien.

Vorsitzender Heinrich bedankt sich für die Präsentation und spricht großen Dank für die erfolgten Verbesserungen aus.

Herr Petersen verweist auf die eingebrochene Antragszahl für Einfamilienhäuser und erkundigt sich nach deren Entwicklung.

Frau Gül teilt mit, dass ein Auswerten derzeit schwierig sei, die konkreten Zahlen wären nach entsprechenden Einstellungen in der Fachsoftware in den Folgejahren durchaus möglich, so dass Zahlen zum Wohnungsbau künftig ausgewertet werden können. Im Hinblick auf die grundsätzliche Entwicklung im Wohnungsbau verweist Frau Gül darauf, dass die Einführung des Bauturbo und dem möglichen Bau in zweiter Reihe etc. die Entwicklung durchaus positiv beeinflussen kann.

Frau Gül verlässt am Ende des Tagesordnungspunktes die Sitzung.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Grundsätzlicher Umgang mit dem Neubau von Geh- und Radwegen und Priorisierung der staatlich geförderten Baumaßnahmen an Kreisstraßen**
Vorlage: 2021-26/1033

Herr Dr. Lühring erläutert die Vorlage. Bei dem grundsätzlichen Umgang mit dem Neubau von Geh- und Radwegen sei der Landkreis bisher bestrebt, jährlich drei geförderte Baumaßnahmen umzusetzen, darunter ein Radwegneubau. Grundlage dieses Vorgehens sei der Beschluss des Kreisausschusses aus 2017 gewesen. Heutige Herausforderung hierbei sei ein erheblicher Ressourcenmangel. Zum einen finanziell, da sowohl die Fördermittel als auch die investiven Mittel beim Landkreis limitiert seien. Zum anderen personell, da unter anderem die Stelle des Planungsingenieurs sowie der Abteilungsleitung unbesetzt seien. Daher solle der Beschluss des Kreisausschusses aus 2017 vorerst ausgesetzt werden sowie auf den Neubau von Geh- und Radwegen derzeit verzichtet werden.

Vor allem würden Radwege das Sicherheitsempfinden fördern, jedoch sei auf gerader Strecke kaum Unfallgeschehen mit Radfahrern bekannt. Diese würden sich vermehrt beim Abbiegen ergeben, auch auf Radwegen. Die Unterhaltung der bestehenden Infrastruktur sei derzeit die größere Herausforderung, weshalb der Wunsch nach Radwegen hintenanstehen müsse.

Abg. Bassen will dem Vorschlag folgen, die Erhaltung sei vorrangig. Jedoch solle es sich hierbei lediglich um die derzeitige Situation handeln, langfristig gesehen solle das Bestreben zum Neubau von Geh- und Radwegen wieder aufgenommen werden.

Vorsitzender Heinrich bedankt sich und verweist darauf, dass aufgeschoben nicht aufgehoben sei und betont die Transparenz gegenüber dem Bürger.

Abg. Winsemann stellt fest, dass bei einer fehlenden Planung jedoch definitiv kein Geld aus Fördermitteln zu erwarten sei. Sofern keine Kapazität für die Planung aufgewendet würde, würden die Fördermittel ebenso nicht greifbar sein.

Herr Dr. Lühring erläutert, dass der Landkreis in einem früheren Jahr sogar vier Radwegbaumaßnahmen durchgeführt hatte. Seitdem mangle es allerdings an fertigen „Schubladenplanungen“, da damals alle umgesetzt wurden.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

1. Der Beschluss des Kreisausschusses vom 07.12.2017 wird bis auf weiteres ausgesetzt. Im Zuge dessen wird auf den Neubau von Geh- und Radwegen verzichtet.
2. Die Prioritätenliste für Fördermaßnahmen ab 2026 soll, vorbehaltlich der Erlangung der Baureife sowie einer gesicherten Finanzierung einschließlich der Finanzierungsanteile der beteiligten Kommunen sowie der beabsichtigten Förderung, gemäß der vorgeschlagenen Priorisierung umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

Punkt 7 der Tagesordnung: **Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Geestland, dem Landkreis Cuxhaven und dem Landkreis Rotenburg (Wümme) zum Bau eines Geh- und Radweges im Verlauf der Kreisstraße 116**
Vorlage: 2021-26/1034

Herr Dr. Lühring erläutert die Vorlage und verweist auf die Zweckvereinbarung.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Dem Abschluss der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Geestland, dem Landkreis Cuxhaven und dem Landkreis Rotenburg (Wümme) zum Neubau eines Geh- und Radweges im Zuge der Kreisstraße 116 im Landkreis Rotenburg (Wümme) von km 11,024 (Bauende vorhandener Geh- und Radweg) bis km 11,330 (Kreisgrenze Rotenburg (Wümme)/Cuxhaven) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Förderantrag im Bereich des Veterinäramtes; hier: Antrag der Tierhilfe e.V. Rotenburg vom 04.08.2025**
Vorlage: 2021-26/1032

Frau von Ostrowski konkretisiert die Vorlage und erläutert, dass die 10.000 € Förderung einerseits freiwillig seien, jedoch die Unterstützung des Vereins im öffentlichen Interesse liege, da auch das Veterinäramt bei Bedarf im Einzelfall regelmäßig dort Tiere unterbringen könne.

Abg. Brandt bedankt sich und stellt fest, dass dieser Verein zusätzlich ehrenamtlich geführt werde. Geld können die Ehrenamtlichen ferner nicht auch noch mitbringen. Seit Corona seien die Tierheime überfüllt.

Abg. Petersen begibt zu bedenken, dass der Landkreis auch davon etwas habe. Es sei zudem ein Einzelfall, daher solle dieser unterstützt werden.

Abg. Scheunemann erkundigt sich, ob hierbei auch Fundtiere betroffen seien.

Frau von Ostrowski hält fest, dass für Fundtiere die Gemeinde zuständig sei.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) gewährt der Tierhilfe Rotenburg e.V. für den Innenausbau des neuen Katzenhauses in Brockel einen Zuschuss in Höhe von bis zu 10.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Förderanträge im Bereich der Wirtschafts- und Tourismusförderung**
Vorlage: 2021-26/1028

Herr Dr. Lühning stellt die Vorlage vor.

Abg. Mrugalla möchte die Position für den Touristikverband Landkreis Rotenburg (Wümme) zwischen Heide und Nordsee e.V. (TouROW) näher aufgeschlüsselt haben. Die Höhe des Zuschusses sei nicht verständlich, zumal unter anderem Sportvereine deutlich weniger Förderung als früher erhalten würden.

Herr Hachmöller erläutert, dass u.a. das laufende Geschäft der Geschäftsstelle finanziell unterstützt werde, hier stiegen die Kosten seit vielen Jahren.

Abg. Mrugalla stellt die Wichtigkeit des Tourismus fest, hinterfragt aber trotzdem die Einsparmöglichkeiten. Einsparungen seien ja auch bei kleineren Sportvereinen notwendig.

Abg. Helwig pflichtet dem bei. Jedoch sollten die Mittel für den TouROW nur vorsichtig zurückgefahren werden, so dass dieser nicht kaputtgewirtschaftet werde und später nicht mehr produktiv arbeiten könne.

Abg. Stelling erläutert, dass der Verein Personalkosten aufgebaut habe und diese nur schwer eingespart werden könnten. Er schlägt vor, die Verwaltung oder den TouROW um einen Bericht zur Kostenstruktur zu bitten.

Herr Hachmöller greift diese Idee auf und schlägt vor, in der nächsten Sitzung zu diesem Thema zu berichten.

Abg. Mrugalla bekundet ihre Zufriedenheit mit dieser Lösung.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel erhalten

1. die Kreishandwerkerschaft Elbe-Weser 2.800,00 € als Zuschuss zu den Kosten der überbetrieblichen Ausbildung des handwerklichen Nachwuchses;
2. die Ausstellungsgesellschaft mbH Tarmstedt 1.200,00 € als Zuschuss zu den Kosten der Durchführung von tierzüchterischen Veranstaltungen;
3. das Wirtschaftsseniorennetzwerk Landkreis Rotenburg (Wümme) e.V. 2.600,00 € als Zuschuss zu den laufenden Kosten;
4. die EVB Elbe Weser GmbH 7.635,00 € als Betriebskostenzuschuss und 17.000,00 € als Unterhaltungskostenzuschuss;
5. der Touristikverband Landkreis Rotenburg (Wümme) zwischen Heide und Nordsee e.V. (TouROW) 114.300,00 € als Mitgliedsbeitrag, daneben 130.000,00 € als Zuschuss zu den laufenden Kosten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.11.2025: Wohnungsbau im Landkreis Rotenburg weiter fördern**
Vorlage: 2021-26/1047

Abg. Helwig verweist auf den Vortrag in der letzten Sitzung des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses in der Vorwoche und begründet daher den Dringlichkeitsantrag. Sie stellt den Antrag sowie die Beschlussvorlage vor.

Abg. Stelling stimmt dem Antrag zu. Es gebe einen hohen Bedarf, landesweit sei der Landkreis Schlusslicht im sozialen Wohnungsbau. Besonders wichtig sei Punkt 3. der Beschlussvorlage, da eine Umsetzung nur möglich sei, wenn die Gemeinden mitziehen würden.

Abg. Kück will ebenso mit dem Antrag der SPD mitgehen. Ihn störe jedoch der Aspekt, dass bereits 20.000 € in den Haushalt eingestellt werden sollen. Ein juristischer Beistand würde derzeit nicht als notwendig empfunden werden, ggf. würden hier auch 10.000 € reichen. Weiterhin hinterfragt er, ob die Verwaltung die juristische Beratung nicht eigenständig leisten könne.

Herr Dr. Lühring meint dazu, die Vorträge in der letzten Sitzung hätten deutlich gemacht, dass vor Gründung einer möglichen Wohnungsbaugesellschaft ein Businessplan mit konkreten Projekten stehen müsse. Nur dann ergebe eine Gründung Sinn. Die Beleuchtung dieser Frage werde Geld kosten.

Abg. Mrugalla unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion und empfindet die Einstellung der 20.000 € in den Haushalt als notwendig. Der Landkreis sei hier niedersachsenweit Schlusslicht.

Abg. Wallin erklärt, man solle das Kapital bei der Aktivierung im Auge behalten. Auch solle privates Kapital trotzdem aktiviert werden. Der Antrag sei insoweit gut.

Beschluss:

1. Der Landrat wird beauftragt, die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Rotenburg zu prüfen.
2. Der Landrat wird gebeten, zwecks Bitte um organisatorischer Unterstützung Kontakt zum Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (vdw), sowie zur Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Harburg aufzunehmen.
3. Der Landrat wird weiterhin gebeten, erste Gespräche mit den kreisangehörigen Kommunen hinsichtlich eines möglichen Beitritts zu einer Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Rotenburg zu führen.
4. In den Haushalt 2026 sind für Untersuchungen zur möglichen Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft 20.000 Euro einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2026**
Vorlage: 2021-26/1029

Die Planansätze werden schrittweise durchgegangen.

Abg. Brandt bezieht sich auf die Wohnraumförderung. Der Landkreis habe diese 2012 auf dem Weg gebracht. Für 2026 seien 915.000 € in den Haushalt eingestellt, hiervon seien jedoch bereits 780.000 € verbraucht. Das Geld reiche somit maximal für 4,5 Wohnungen. Hier sollte mehr Geld eingestellt werden. Der Antrag auf Aufstockung der Haushaltsstelle solle jedoch im Finanzausschuss besprochen und entschieden werden, sodass alle Fraktionen diesen zunächst intern besprechen können. Ein Sterben des Förderprogrammes solle damit verhindert werden. Ohne einen Antragsteller, welcher letztes Jahr 13 Wohnungen bezuschusst bekommen habe, sei heute auch noch Geld vorhanden. Die Richtlinie sollte insoweit überarbeitet werden, sodass eine Höchstgrenze der förderfähigen Wohnungen vorhanden sei.

Herr Dr. Lühring kann sich eine künftige Änderung vorstellen, eine konkrete Anzahl müsse noch besprochen werden. Der Antrag von hier solle sodann auf den Finanzausschuss verschoben werden.

Abg. Mrugalla unterstützt den Antrag, es sollen mindestens 10 weitere Wohnprojekte nächstes Jahr möglich sein. Daher sollen deutlich mehr finanzielle Mittel im nächsten Jahr eingestellt werden.

Abg. Wallin erkundigt sich, wo diese 915.000 € denn im Haushalt dargestellt würden. Es seien ja keine neuen Mittel eingestellt laut Aussage, jedoch alte Mittel vorhanden. Diese seien nicht auffindbar.

Herr Dr. Lühring erläutert, dass übertragene Mittel nicht im neuen Haushalt dargestellt werden.

Abg. Mrugalla verweist auf die Studie aus dem Jahre 2022, wonach der Landkreis ein paar Wohnungen geschaffen habe. Demgegenüber würden jedoch 11.500 einkommensschwache Familien stehen. Sie erkundigt sich, ob der Landkreis Zahlen zur Landesförderung habe.

Herr Hachmöller erläutert, dass seit dem Erstellen der Studie durch Land und Landkreis bereits mehrere Wohnungen im Landkreis gefördert wurden. Er könnte die Zahlen dazu aus dem Bauamt zusammenstellen lassen.

Abg. Bassen verlässt kurzzeitig die Sitzung.

Abg. Stelling empfindet die vollständige Streichung der Förderungssumme für kleinere Denkmäler von 50.000 € für zu drastisch und schlägt vor, diese Summe auf 25.000 € zu reduzieren.

Abg. Brandt erläutert, dass ein normales Haus bereits kostspielig sei, ein denkmalgeschütztes Haus nochmal deutlich mehr. Daher könne sie dem folgen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2026 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: Anfragen

Abg. Bassen schließt sich der Sitzung wieder an.

Abg. Kück erkundigt sich, wie er eine Geschwindigkeitskontrolle auf bestimmten Streckenabschnitten beantragen kann. Auf der stattfindenden zweijährlichen Verkehrsschau würden die Ortschaften nicht mehr geladen werden, sodass ein Begehren dort nicht ausgesprochen werden kann.

Frau von Ostrowski erläutert, dass der Landkreis die Gemeinde bzw. Samtgemeinde und diese sodann die Gemeinden bzw. Ortschaften einlädt.

Frau Ringen erläutert, dass es tägliche Anfragen zu Geschwindigkeitskontrollen gebe. Häufig seien dies jedoch subjektive Eindrücke, die bei einer Kontrolle nicht bestätigt werden könnten. Sie verweist auf das Sachgebiet der Bußgeldstelle im Verkehrsamt als zuständigen Ansprechpartner. Ferner weist sie auf die Möglichkeit ein Geschwindigkeitsdisplay anzuschaffen und eine Förderung von bis zu 1/3 der Kosten vom Landkreis zu erhalten hin.

Vorsitzender Heinrich schließt um 16:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 13 der Tagesordnung: Berichte und Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt und es liegen keine Berichte für den nichtöffentlichen Teil vor.

Vorsitzender Heinrich beendet die Sitzung um 16:31 Uhr.

Anlagen öffentlicher Teil

Zu TOP 4: Präsentation Zukunftsregion Moorregion Elbe-Weser

Zu TOP 5: Präsentation Bericht Bauamt